

Gegen den staatlichen Terror

Tschernobyl hat uns die Bedrohung durch die Atomindustrie drastisch vor Augen geführt: Tausende Menschen werden in den nächsten Jahren zusätzlich an Krebs erkranken. Das Bundesgebiet ist von Atomanlagen übersät. Jederzeit kann sich hier ein ähnlicher Unfall ereignen; auf Grund der dichten Besiedlung mit noch katastrophaleren Auswirkungen als in der Sowjetunion.

Tschernobyl hat auch die Ebene der Auseinandersetzung um Atomenergie verändert.

Immer breitere Kreise der Bevölkerung fordern die Stilllegung aller Atomanlagen. Der Widerstand gegen konkrete Projekte radikalisiert sich.

Demgegenüber hält die Atommafia nach wie vor an ihren Plänen fest und macht somit Millionen Menschen zu Geiseln einiger Weniger. Sie kalkuliert dabei offen ein, daß es auch in der BRD zu schweren Unfällen kommen wird. So wurde Brokdorf an das Netz angeschlossen. Die WAA in Wackersdorf wird unter Ausrufung des polizeilichen Notstands weitergebaut. Die zulässigen Grenzwerte für radioaktive Belastung wurden z.T. um das tausendfache erhöht.

Einer auf Grund dieser menschenverachtenden Politik zu erwartenden Verschärfung des Protestes und Widerstandes wird in zunehmendem Maß offener staatlicher Terror entgegengesetzt.

Die Nach Tschernobyl Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung wurden von einem noch größerem Polizeiaufgebot und brutaleren Knüppeleinsätzen begleitet, als das vorher der Fall war. Den Anti-AKW-Bewegten soll gezeigt werden, daß sie nur noch unter dem Risiko evt. körperlicher Schäden ihrem Protest Ausdruck verleihen können.

Immer häufiger werden Protest und Widerstand durch Strafverfahren und Strafbefehle kriminalisiert. (z.B. 41 Strafbefehle zu 320 DM wegen Teilnahme an einem sonntäglichen Schacht-Konrad-Spaziergang).

Im Eilverfahren wurden der aus der "Terrorismusbekämpfung" bekannten §129a erweitert und der §130 wieder eingeführt. Ziel dieser Änderung ist die Zerschlagung des Teils der Anti-AKW-Bewegung, der sich nicht mit dem einschläferndem Geschwätz der Parteien abfinden läßt und selber die vorübergehende Stilllegung einiger Atomanlagen betreibt (Strommasten außer Betrieb setzt etc.). Allen Kräften, die sich nicht weiter auf den immer weiter eingeschränkten legalen Rahmen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und damit zum Nichtstun verpflichten lassen, droht die gleiche Strafverfolgung wie dem "Staatsfeind Nr.1", der RAF.

Diese Kriminalisierung betrifft nicht nur die Anti-AKW-Bewegung, sondern alle Protest- und Widerstandsbewegungen, die sich gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen wenden. Mit der gleichen Argumentation (Aufruf zu strafbaren Handlungen) können beispielsweise Streikaktionen der Arbeiterschaft unter Strafe gestellt werden.

Daß diese Paragraphen nicht nur der bloßen Einschüchterung dienen, sondern real zur Anwendung kommen, zeigen die Beschlagnahmen verschiedener Anti-AKW-Zeitungen und das Verbot der Bundeskonferenz in Regensburg im November letzten Jahres bzw. der permanenten Verbotsdrohung der derzeit stattfindenden Bundeskonferenz in Regensburg.

Also, raus aus dem Winterschlaf und hinein in den Widerstand !

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen !

Keine Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und anderer !



Über Widerstand reden ist verboten !

Am Mittwoch ist gegen die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Nürnberg eine Verbotsverfügung ergangen. Die Begründung für das Verbot folgt im wesentlichen der Argumentation für das Verbot der Bundeskonferenz in Regensburg. Im November war diese Buko auf Weisung des bayerischen Innenministeriums mit der Begründung verboten worden, daß "der Veranstalter oder sein Anhang Ansichten vertreten oder Äußerungen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben." (Verbotsverfügung)

Die neue Qualität gegenüber früheren Kriminalisierungsversuchen besteht darin daß keine strafbaren Handlungen kriminalisiert werden, sondern daß "solche Äußerungen erst gar nicht abgegeben werden dürfen". (Verbotsverfg.) Das Verbot wurde von 1200 Polizisten durchgesetzt. Regensburg befand sich in einem Belagerungszustand, wobei alle Versuche die Konferenz in anderen Räumen durchzuführen von der Polizei vereitelt wurden. Eine Bundesfachschaftentagung von Biologen wurde bei dieser Gelegenheit gleich mit aufgelöst. Die BRD-Öffentlichkeit erfuhr von diesen Vorgängen fast nichts. Nur wenige Zeitungen berichteten darüber.

Mit dem Beschluß einen zweiten Anlauf in Nürnberg zu versuchen, ist es gelungen das fast gleichgeschaltete Schweigen der Öffentlichkeit zu durchbrechen, egal ob nun, an diesem Wochenende, ein Verbot der Buko durchgesetzt wird oder nicht!

Demo „Kundgebung“
am Samstag, 17. 1. 87
um 11⁰⁰ Uhr
auf dem
Kohlmarkt

